

Die Freiheit

Redaktion: Berlin N.W.G. Schiffbauerdamm 19 III.
Korrespondent: Amt Norden 2493 und 2496.

Expedition: Berlin N.W.G. Schiffbauerdamm 19 IV.
Korrespondent: Amt Norden 1764.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Feiertagen aussermorgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 M. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einzahlung der Bezugsgebühr erforderlich. — Die „Freiheit“ ist im ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen und heißt bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zustellung unter Streifenband 4 M.

Berliner Organ

Inserate kosten die Nebenzepolsteine Kontrapreiszettel ober deren Raum 70 Pf. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Die dreispaltige Reklamezeile 3 M., Teuerungszuschlag 30 %. Bei Familienanzeigen, Versammlungsanzeigen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 6 Uhr abends bei der Expedition, Schiffbauerdamm 19, aufgegeben sein.

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 2

Sonnabend, den 4. Januar 1919

Nummer 7

Die Schiffe in Königshütte.

Finden die Herren Ebert, Scheidemann und Landberg nicht, daß gegenwärtig in Deutschland etwas viel auf Arbeiter geschossen wird? In Königshütte ist es, wie wir berichtet haben, wieder zu blutigen Zusammenstößen zwischen streifenden Arbeitern und Rorbürger Jägern gekommen. Die Berichte über das traurige Ereignis sind außerordentlich düstern, obwohl die Öffentlichkeit immerhin Interesse daran hätte, einzuermessen genau zu erfahren, wie es zu dem Blutbad gekommen ist, das 12 oder 20 Tote hinterlassen hat. Was die Tel.-Union darüber erzählt, klingt recht merkwürdig:

Danach streiften auf der Königshütte in Königshütte seit einigen Tagen auf mehreren Schiffs die Grubenarbeiter. Sie verlangten die sofortige Auszahlung einer Weihnachtsentschädigung von 800—1000 M. und haben schon wiederholt gedroht, ihre Forderungen mit Gewalt durchzusetzen, wenn die Grubenverwaltung sich nicht freiwillig dazu entschließen sollte. Am Freitag führten Massenemonstrationen der aufbegehren Arbeiter zu schweren Ausschreitungen. Die Berginspektion ist seit einiger Zeit von Rorbürger Jägern besetzt und durch Maschinengewehre gegen Angriffe, auf die man aus der drohenden Haltung der Massen schließen mußte, geschützt. Wie es sich heraus suchte nachmittags gegen 4 Uhr Anhänger des Spartakusbundes die Berginspektion zu stürmen, die Jäger zu entwaffnen und ihnen die Maschinengewehre zu entreißen. Einige junge Burschen wollten über den Baum der Berginspektion klettern, wobei sie geladene Revolver auf die Besatzungsmannschaften richteten. Auf Befehl gaben die Jäger Feuer. Es entstand eine unglückliche Verwirrung, und am Ende des Kampfes war der Platz mit Toten und Verwundeten bedeckt. Die Jäger erklärten, sie hätten zunächst nur Alarmschüsse in die Luft abgegeben. Die Zahl der Toten wird verschieden angegeben. Nach den Angaben der Jäger sind 12 Tote auf dem Plage geblieben. Die mit den Ausäumungsarbeiten beschäftigten Sanitätsmannschaften geben die Zahl der Toten dagegen auf 20 bis 22 an. Die Zahl der Verletzten ist sehr groß und konnte noch nicht festgestellt werden. Der Kampf wurde nach dem Tode von den Jägern gesäubert. Überall wurden Maschinengewehre und Posten aufgestellt. Die Menge zerstreute sich jedoch nicht, vielmehr kam es zu neuen Demonstrationen. Bei Eintritt der Dunkelheit räumten die Jäger das ganze Viertel und zogen sich in die Berginspektion zurück. Einzelne Posten wurden überall aufgestellt, um die Ordnung aufrechtzuerhalten.

Dieser Bericht läßt die Vorgänge in sehr eigentümlichem Licht erscheinen. Wie es heißt, versuchten die Streikenden zu stürmen. Der Sturm bestand darin, daß einige „junge Burschen über den Baum klettern wollten“ und dabei „geladene Revolver auf die Soldaten richteten“. Darauf Feuer, Tote und viele Verletzte!

Man beachte, es wird nicht einmal nach dem zuerst üblichen Schema berichtet, daß die Streikenden zuerst geschossen haben. Es wird nur auf ihre bösen Absichten hingewiesen. Und dann noch auf eines: es waren „Anhänger des Spartakusbundes“. Soll das genügen, um das Schicksal auf die Arbeiter schon zu rechtfertigen?

Wir meinen, daß vor allem eine gründliche, unter der Kontrolle der Öffentlichkeit geführte Untersuchung dringend nötig ist. Und wir meinen weiter, daß es ein Skandal ist, daß es zu dieser Schieberei kommen konnten. Wir bedauern die Streiks im Kohlenrevier, wir halten sie für schädlich und wir verurteilen Gewalttakte. Aber von der Regierung müssen wir verlangen, daß sie nicht in der Gewalt das Alibi sucht, sondern daß sie durch immer erneute Verhandlungen, so schwierig sie sein mögen, mit den Bergarbeitern zu einem Uebereinkommen gelangt, damit solche traurigen, eines sozialistischen Deutschlands unwürdigen Vorfälle sich nicht ereignen können.

Gegenrevolutionärer Aufsch in Gotha.

In Gotha ist es am letzten Sonntag zu einem Aufsch gegen den A- und S-Rat der 8. Fliegerabteilung gekommen. Ein Zahlmeister und ein Sergeant überrumpelten im Verein mit mehreren Unteroffizieren den Vorsitzenden, verhafteten ihn und beschlagnahmten die Waffen. Hierauf begaben sie sich mit einem bewaffneten Kuto zu den Volksbeauftragten und stellten diesen ihre Forderungen. Sie verlangten energisches Einschreiten gegen die Spartakisten und sofortiges Abschließen der Matrosen. Mittelwärts rückten die Kameraden des

Infanterie-Regiments 88 an. Durch deren energisches Einschreiten sahen die Aufsch ihre Sache für verloren an; sie liefereten ihre Waffen aus und zogen ab.

Sie wollen keine Verständigung.

Zu unserem gestrigen Vorschlag, ein positives Programm der Diktatur zu proklamieren, um die immer schwächer werdenden Verhältnisse im Osten auf dem Wege der Verständigung, der demokratischen Friedenspolitik zu regeln, bemerkt die „Tägliche Rundschau“, das Organ der alldeutschen Militaristen:

„Die Entente wird auf diesen Vorschlag nicht eingehen und wird sich mit den Bolschewiken nicht an einen Tisch setzen. Dazu war die Ententepolitik gegen den Bolschewismus bisher zu konsequent, und dafür steht für die Militärs jubelnd auf dem Spiele, zumal sie eine frohlockende Erwartung der E-Ü durch den bolschewistischen Gedanken erwarten wählten. Dagegen wäre dann eine Abkehrung wie heute nicht mehr möglich. Auch im deutschen Interesse liegt eine Verständigung nicht.“

Diese Äußerung ist wenigstens offenherzig. Die Herrschaften, die den Krieg herausgeschworen und im Interesse wildster Eroberungsziele in 14 Ränge zogen, bis Deutschland verarmeter am Boden lag, wollen nun heute nicht von Frieden und Verständigung wissen, weil sie von der Fortdauer des blutigen Wahnsinns eine Wiederbelebung des chauvinistisch-militaristischen Geistes erhoffen. Bei der sie wieder an die Spitze der von ihnen aufbelebten Massen treten könnten. Sie wollen nicht Verständigung, sie wollen Krieg! Diese Tendenz leuchtet aus allen Äußerungen der bürokratischen Presse über die Diktatur, aus allen ihren Äußerungen an die Regierung hervor, die sie zu schärferem Vorgehen im Osten aufmuntern sollen. Und wie immer gibt das Regierungsblatt, der „Vorwärts“, den Takt zu dieser Musik an.

Eisenbahnerstreik.

Danzig, 3. Januar. Die Eisenbahnarbeiter des Eisenbahndirektionsbezirks Danzig traten heute mittag in den Ausstand und unterbanden den gesamten Eisenbahn- (Personen- und Güterverkehr) im Eisenbahndirektionsbezirk Danzig, weil ihre Lohnforderungen, die auf einen Stundenlohn von 2,40 Mark hinauslaufen, nicht bewilligt worden waren. Aus den Verhandlungen mit dem Vollzugsausschuß wurde an die Regierung in Berlin ein Telegramm gerichtet mit der Bitte, einen Kommissar nach Danzig zu entsenden. Es wurde beschlossen, daß der Zugverkehr sofort wieder zugelassen werden soll. Jedoch bleiben die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätte vorläufig im Ausstand. Sollten die Verhandlungen in den nächsten drei Tagen nicht zu einem günstigen Abschluß geführt werden, so wird der Streik fortgesetzt.

Die Lausiger Wenden.

Frag, 3. Januar. (Melbung des Tschecho-Slowakischen Vreibeureaus.) Der Nationalrat der Lausiger Wenden in Böhmen erließ eine Proklamation, in der die Anerkennung der Lausiger Wenden als einer Sondernation im Sinne des Wilsonschen Friedensprogrammes mit dem Beifügen gefordert wird, daß sich die Friedenskonferenz, an welche der Nationalrat in dieser Angelegenheit heranziehen werde, damit beschäftigen möge.

Vom Bergarbeiterstreik.

Mühlheim (Ruhr), 3. Januar. Auf den Fischen Humbold und Biesche des Mühlheimer Bergwerksvereins sind die Belegschaften mit in den Ausstand getreten. Auch die Belegschaft des Schachtes Kronprinz hat die Arbeit niedergelegt.

Leisburg, 3. Januar. Die Streikbewegung unter den Bergarbeitern hat jetzt auch auf die linksrheinischen Fischen übergriffen, auf denen ein Teil der Belegschaften ausständig geworden ist. Hier sind die Fischen Diergart und Reuissen in Mitteldeutschland gezogen. Die Belegschaft von Rheinpreußen I lebte den Anschluß an den Streik ab. Als auf der Fische Reuissen eine Anzahl Streikender der Aufforderung der belgischen Streikbewegung zum Auseinandergehen keine Folge leistete, machte diese von der Waffe Gebrauch, wobei ein Streikender verletzt wurde.

Ein Vorschlag an die Volksbeauftragten.

Von Professor Dr. Robert Wilbrandt.

Wir bringen diese temperamentvollen Ausführungen des gelehrten Verfassers, namentlich auch deshalb, weil wir den Grundgedanken, der auf die schleunigste Inangriffnahme der Sozialisierung des Bergbaus geht, gleichfalls vertreten.

Auf was kommt es jetzt schließlich an? Auf's Durchkommen vor allem.

Die Produktion muß in Gang kommen, wilde Streiks dürfen sie nicht stören. Wir müssen produzieren, vor allem das Notwendige: Lokomotiven, Kohlen. Wir? Nicht der Mann am Schreibtisch, sondern der, der es kann: der Mann der „schweißigen Faust“, der Industriearbeiter. Wie bringe ich ihn dazu? Durch Kurze, Appell, kategorischen Imperativ? Wir wollen es hoffen.

Wir warten bereits. Wir warten von Tag zu Tag doch wir werden belehrt, daß der Streik der Kohlenbergleute mitten in die äußerste Not hinein, von Leuten gemacht ist, denen alle Kräfte gleich sind, die nur eins wollen: Revolution!

Als dafür ein Reakt erwachsen? Wir wissen es nicht. Vielleicht taumeln wir rettungslos in das Schicksal Rußlands. Wie weit sind wir noch davon entfernt? Ist noch lange zu warten?

Noch ein paar solche Streiks, noch etwas mehr Kohlenmangel, und alles steht still: „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will.“ — Wenn der Arm es will, Stahlschmelzer, erkennender, auf Grund der Erkenntnis klar wollender Köpfe!

Gibt es irgendein Mittel, die Köpfe zu erleuchten? Kann der Hinweis auf den Einmarsch der Franzosen (Kredet)? Das davon den Arbeitern drohende Schicksal? Das Schicksal Deutschlands? Dann aller Verfluchung über Kohlen beraubt, im Westen auf Frankreichs, im Osten auf polnische Gnade zu verlassen genötigt?

Das alles schreckt nicht. Die Leidenschaft ist stärker. Das Verarmenslos, von einer allmächtigen Herrschaft im Ariea (und im Frieden schon!) niederzuerstern: das bäumt sich nun auf, und jeder Schrei, der zur Empörung aufruft, hat wildes Ohr.

Und Gewalt? Wer soll sie zur Anwendung bringen? Na, würde sie mehr erreichen, von sich selber angewandt, als etwa die Prügel auf das Hinterteil meines Pudels, wenn sein Vorderbein in den Kaninchenfall bringt?

Da erinnert man sich der Szene, wie der aufbegehrenen Renaissance ein Epochenvogel der Revolution einmal mitteilhaft hat: Er schrieb an ein bedrohtes Gebäude „Nationalrestitutum“. Das wirkte. Das Gebäude steht noch. Ist das hier möglich?

Nein, nicht ganz wörtlich. Nationalrestitutum — ein feierliches Wort! Es sonnt die erhobenen Köpfe, es besänftigt die Wildheit. Doch wenn es das Vorwerk vor Herfürung bewahrt, bewirkt es die Arbeit?

„Die Bergwerke den Bergarbeitern!“ Ist das die Formel?

Das erlösende Wort des einfachsten Arbeiterloves: wir wollen es haben!

Der letzte Hintergrund der indiskutierten, anarchohischen oder spartakistischen Komplotzen: das ist dieser Gedanke. Dem Kapital mit Gewalt des Klassenkampfes die Produktionsinstrumente entreißen, mit möglichst roher, brutaler Gewalt, wie die „rote Kohne“ sie auszumalen nicht müde wird, das ist die Sehnsucht.

Die will befriedigt werden!

Wo ist der Staatsmann, diesen Massenwunsch zu rufen, mit aerialer Kunst, mit dem sicheren Anblick des Klassenführers das Ziel zu weisen, die Tat zu tun?

Nach weiß: die Verantwortung schon für den Vorschlag ist schwer. Doch die Not noch schwerer. Und Schmeieren verantwortungsschwänzer wie Reden. Wer die Wahrheit kennt und laßt sie nicht, der ist fürwahr ein erbärmlicher Wicht.

Nach will die Verantwortung tragen.

Allem Risperischen zum Trotz. Altem „Steinmetz ihm!“ mit dem rubinen Bewußtsein der retten-wollenden, bis aufs letzte angespannten Bemühen das Ziel darbietend.

Nur aus sachlich Gebotene kommt es an.

Formuliert es sachlich und die Masse vordem: dem Staat, was des Staates ist. Altem Monopoltribut aus

natürlicher, aus Kapitalüberflüssen: doch dem Proletariat die Befreiung, die ungehämmerter Frucht seiner Arbeit, die Unabhängigkeit von der Herrschaft privater Besitzer, die im Betriebe Tätigen auch seine Herren, mit freier, schöpferischer Initiative, vom verbessernden Einfall des letzten Konditionarbes, bis zur leitenden Idee des geborenen Führers.

Wacht das, ihr Volksbeauftragten!
Wacht ihr andere Wege?
Steht ihr ratlos am Kreuzweg?
Wacht entschlossen den einen.

Kufen Landesverräter dann den Feind, dem nahe zu stehen sie gelehrt haben, dann ist ihr Privatvertrauen verlassen. Die vom Feind einst wieder verlassene Erde: sie ist dann mit all ihren Schätzen den Landesverrätern abgesprochen durch ihr eigenes Urteil. Das Land ist dann unfer, ohne irgendein Wort, durch die Tat der Verräter.

Doch sind sie mit Recht aus der Haft entlassen, die solchen Verrätern beschuldigt waren, so wird die Ueberführung in Gemeinvertrauen — des Staates und der Produzenten — die Rehabilitation und die milde Klammlichkeit, die Weiterführung durch die Leitenden von heute, zur Grundlage haben.

Und die Verarbeiter? Durch die äußerste Erfüllung gerechten Forderungen, durch Interesse und Einsicht — statt blinden Wütens — mit dem Betriebe, dem vom Kapital befreiten, verbunden: werden sie Kohlen fördern? Werden sie uns vor Stillstand, vor Ruhlands Erde bewahren? Oder ist auch das vergebens? Ist's unheilbarer Wahnsinn?

Die Volksbeauftragten sind die Kräfte bei dieser Krankheit. Können sie heilen und retten?

Die Döberliger Soldatenräte gegen die Regierung.

Die auf dem Rätekongress beschlossene Abschaffung der Kommandogewalt wird vom Kriegsministerium bekanntlich nicht anerkannt. Die im Kriegsministeriellen Verordnungsblatt vom 26. 12. 18 erlassene diesbezügliche Bekanntmachung lautet wie folgt:

Die vom Kongress der A- und S-Räte vom 18. Dezember beschlossenen sieben Hamburger Punkte haben nach keine Gesetzeskraft. Der Rat der Volksbeauftragten hat zu ihnen noch nicht Stellung genommen. Es ist daher nicht danach zu verfahren. Allen Truppenteilen ist dies sofort bekannt zu geben.

Der Kriegsminister. Der Unterstaatssekretär.
gez. Scheuch. gez. Goehre.

Zu bevorstehendem Befehl des Kriegsministers weist das Generalkommando des III. Armeekorps noch auf die in den Tagesblättern erfolgten Veröffentlichungen der Reichsregierung hin, wonach die vom Kongress der Soldatenräte beschlossenen organisatorischen Veränderungen jetzt nicht bindend seien, sondern nur als Vorschlag an die Reichsregierung als Träger der Exekutivgewalt betrachtet werden könnten.

Die Wahl der Offiziere durch Mannschaften, Verantwortlichkeit der Soldatenräte für die Disziplin, Abhängen von Gradabzeichen usw. greifen daher nicht Blag. Eine endgültige Regelung durch die Regierung sei zu erwarten. Ueber die Dienstfähigkeit der Offiziere wird daher folgendes Verfahren, als augenblicklich zu Recht bestehend, angeordnet:

1. Jeder bei einem Truppenteil als Kommandeur oder mit einer sonstigen Dienststelle betraute Offizier behält diese rechtmäßig auch weiterhin.
2. Eine Wahl der Offiziere durch Truppenteile findet daher nicht statt.
3. Das Verhältnis zwischen Offizier und Mann hat sich auf gegenseitiges Vertrauen zu gründen. Alle Stellen müssen sich in dem Bestreben vereinigen, zum Wohl des Ganzen, der Armee und des Vaterlandes Schwierigkeiten auszugleichen.
4. Einmal ein Verbands, seinen rechtmäßigen, durch die militärische Behörde (Kriegsministerium) eingesetzten Vorgesetzten nicht das erforderliche Vertrauen schenken zu können, so darf eine Selbsthilfe keineswegs stattfinden, da sonst unheilbare Zustände einzutreten würden. Vielmehr steht dem in Frage kommenden Soldatenrat das Recht zu, seine Wünsche unter eingehender Begründung schriftlich auf dem Dienstwege dem Generalkommando vorzutragen. Dieses wird für schnelle Abhilfe sorgen.

Sie erklären die vereinigten Soldatenräte des Truppenlagers Döberitz nachstehendes:

Sie erachten diese Verordnung als für sie nicht bindend. Sie erklären, daß sie nach wie vor sich das Recht der Wahl der Offiziere durch die Mannschaften vorbehalten. Nach wie vor werden durch die Soldatenräte Offiziere, die nicht im Sinne des jetzigen Systems arbeiten, von ihrem Posten entbunden und der Regierung zur Verfügung gestellt. Da durch das Auftreten und die Interferenzfähigkeit der Offiziere die Disziplin nicht gefördert worden ist, halten die Soldatenräte es auch in diesem Falle für notwendig, die volle Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung und Disziplin zu tragen.

Wir begrüßen die entschiedene Abgabe der Döberliger Soldatenräte an das Kriegsministerium. Solange die Regierung, aus Mangel an der Generalität, die Verhältnisse des Rätekongresses sabotiert und den Soldatenräten dadurch das Rückgrat zerbricht, bleibt diesen kein anderer Weg übrig als der der Nichtberücksichtigung der Kriegsmisteriellen Verfügungen.

Die Hege geht weiter.

Die Hege der Offiziere gegen die Erzeugnisse der Revolution nimmt unter dem besonderen Schutze der Ebert-Scheidemann-Regierung, die sich nicht einmal dazu aufraffen kann, die vom Rätekongress geforderte Abschaffung der Kommandogewalt schnellstens durchzuführen, weiter ihren ungehörigen Fortgang. Die Offiziersklasse fühlt sich durch die nach rechts gerichtete Politik der Scheidemänner geradezu ermuntert, die Revolution zu verdrängen, das bisher Geliebte zu untergraben und sich selbst wieder in die Sessel der alten Rechtsaber zu schwingen. Immer wieder sind es die aus dem Felde zurückkehrenden Truppenteile, die durch systematischen Betrug der Offiziere ein falsches Bild von den tatsächlichen Vorgängen in der Heimat bekommen haben und nun Anordnungen der Arbeiter- und Soldatenräte mit Gewolltheiten kläffend machen wollen. Ein solcher Gewaltakt hat sich am vorigen Dienstag in Halle zugetragen. Ein Transport von aus dem Felde kommenden Jägern, etwa 500 Mann, unter Führung von Offizieren, fügte sich den Anordnungen der Bahnhofswehr nicht und trat herausfordernd auf, so daß die Bahnhofswehr durch ein geordnetes Kommando des Sicherheitskomitees vertrieben werden mußte. Gegen diese Wache ging der Transport gewalttätig vor, begann eine Schießerei und umginge einen Teil der Mannschaften; der Bahnhof selbst wurde mit Maschinengewehren besetzt. Dies Verschalten hatte entsprechende Gegenmaßnahmen des Hallenser Soldatenrates zur Folge, wofür Maschinengewehre und Artillerie bereitgestellt wurden. Unter dem Eindruck dieser Erklärung nah der Jägertransport seinen Abbruch auf, entließ die Wachmannschaften und fuhr schweigend aus dem Bahnhof heraus, seinem Bestimmungsorte entgegen.

Die verbrecherischen Teilereien der Offiziersklasse werden nicht eher aufhören, als bis die revolutionäre Forderung: Entlassung der Offiziere, Beseitigung der Abhängen, Abschaffung der Kommandogewalt, durchgeführt ist. Der Offizier hat nichts weiter zu sein als ein Bürger wie jeder andere. Die Ebert-Regierung dürfte diese Forderung allerdings kaum durchführen. Ihre schmälliche Zukunftsrechnung vor dem Großen Hauptquartier, die Abkühlung der von dem Rätekongress einstimmig angenommenen Anträge, ihre ganze Zusammenkunft genügt dafür, daß sie eher dazu neigt, die militärische Macht wieder aufzurichten, als wie es der Wille des revolutionären Volkes ist, sie zu beseitigen.

Der tägliche Presseschwindel.

Wie die Kasse das Mausen, kann der „Vorwärts“ das Schwindeln nicht lassen — selbst wenn er die Wahrheit spricht. Bis heute war das porodor, aber nun bedrängt es die Zeit. Am 3. Januar bringt dieses Blatt eine Sondermeldung, daß im Hafen von Bilbao russische Patrone, die des Bolschewismus verdächtig sind, nicht an Land gelassen werden. Na, so genau lautet die Meldung nicht, ein bißchen gefälscht ist sie, aber sie ist an sich noch keine Hege. Punct machte nämlich der „Vorwärts“ aus den russischen Besetzungen, um die es sich laut der deutschen amtlichen Funkübersetzung handelt, Patrone und hierauf durch einen Hege- und Schwindeltrick aus den Fahrgästen — Einschleichen. Worpen wird er dann von den Bolschewistenbanden sprechen, die plündernd durch Spanien ziehen.

Diese Methode, eine wahre oder halbwegs richtige Meldung durch einen falschen Titel zu einer Hegemeldung zu

machen, findet sich wieder hier Spalten weiter. Es ist das bekannte Telegramm, in dem die britische Waffenstillstandsdelegation in Spa dem englischen Oberstleutnant Wade in Posen energisch anweist, sofort Posen zu verlassen. Während unsere ganze Presse täglich gegen die Entente hegt, hat sie dieses interessante Dokument etwas ruhig hingenommen. Zeigt es doch klar, wie kräftig die Uebergriffe eines englischen Militärs von seiner Regierung niedergehalten werden. Was macht nun der „Vorwärts“ für einen Titel? Man höre nur! „Englische Wachen in Posen!“ Wo doch das Telegramm klar den Wachen in Posen eines einzigen Engländers in Posen mit einer Entschiedenheit ein Ende bereitet, die unsere von den Vorwärtsleuten unterstützten Regierungsbetrücker gegen unsere tausend Kubardorffe niemals aufgebracht haben. So sucht der „Vorwärts“ erzwungene Verhältnisse zur Entente vorgubereiten! So verleumdet und verächtet er einen hochanständigen englischen Akt, so hegt er gegen die Entente, angeblich der zu Liebe er täglich aus der Revolution einen bürgerlichen Sumpf macht.

Die großen Schieber an der Arbeit.

Wie trotz Revolution die Generalschieber unter Mitwirkung verantwortlicher Stellen sich den „Wiederaufbau“ des zusammengebrochenen angeblich geliebten Vaterlandes denken, zeigt folgender Brief, den die „Braunschweigische Landeskorrespondenz“ veröffentlicht. Der Brief lautet:

Berlin-Wilmersdorf, 28. 12. 18.
Hamburgerstr. 4.

Verteausch!

Herrn

Braunschweig.

Wie mir Ihnen streng vertraulich mitteilen können, haben wir Gelegenheit, das Demobilisationsmaterial eines Armeekorps, insbesondere das gesamte Pferdmaterial desselben, zu den besten günstigen Bedingungen zu verkaufen, und falls Sie ebenfalls diese Gelegenheit benutzen wollen, bitten wir um Aufgab, wieviel Pferde für Sie in Frage kommen, und was Sie für die Pferde durchschnittlich ungefähr bereit wären anzulegen. Sollte auch Geschütz- und Wagenmaterial für Sie Interesse haben, so bitten wir auch hierin um nähere Aufgeben Ihrer Wünsche. Wir werden dann Ihnen unsere weiteren Vorschläge machen, und zeichnen uns Ihnen dankachtungsvoll: Georg Jaeger u. Co. Kommanditgesellschaft.

Aus dem Brief geht ungewissentlich hervor, daß gewinnstüchtige Leute noch immer unsaubere Beziehungen zu militärischen Stellen unterhalten. Von diesen wird Ihnen ohne Rücksicht auf die Notlage des Volkes freizuhaltendes Material mitgeschoben. Eine militärische Korruption wäre den Schiebern die Ausübung ihres Wucherhandwerks unmöglich. Deshalb ist eine strenge Kontrolle bei der Veräußerung von Heeresgut erforderlich. Die Revolution muß mit der Deutemacherei endgültig Schluss machen. Schuldige sind an den Stranger zu stellen und streng zu bestrafen.

Sie lägen weiter.

„Nur wenige Monate Fortführung des U-Boot-Krieges und Großbritannien hätte Frieden schließen müssen.“

Das steht in der „Deutschen Tageszeitung“ vom 1. Januar 1919. Daran schließt sich dann die Behauptung, daß wir „also“ das Ueberleben einer Niederlage nicht dem alten System, sondern der Revolution verdanken.

Wie hohlenlos unterschätzt diese Aussage ist und wie wenig unser glorreicher U-Boot-Krieg in Wahrheit geleistet hat, wie reichlich im Gegenteil England mit allem versehen ist, das erzählt der Bericht eines Deutschen, der eben erst aus England kommt:

Man geht in England: für ein englisches Pfund Butter 8 M., Margarine 1 M., Tee 2,50 M., Kaffee 1,80 M., ein Guhn 2,50 M., 1 Alter Milch 2 Penny, für ein paar Leder-schuhstiefel für Herren 18 M. Ein vollere Knag kostet 40 M., ein kleiner Hut 8 M., ein schwerer vollere Lederzylinder 45 M., ein weißer Krage 80 Pf., ein Vorhemd 1,80 M., ein Damenkleid für den Mittelstand 60 M., ein Damenhut 6 M., Petroleum 1 Liter 16 Pf., Butter, Fleisch, Schmalz und Zucker gibt es auf Karten. Butter pro Woche 14 englisches Pfund pro Kopf, Schmalz 1/2 Pfund, für Kinder Fleisch bis zu 6 Jahren 1 Pfund, über 6 Jahre 2 Pfund, Kartoffeln waren nur auf kurze Zeit rationiert. Auf den Schiffen gab es eine große Tasse echten Tee mit Milch und Zucker für 8 Pf., zwei große Brötchen erhöhten den Preis auf 16 Pf.

Und vor solchen Tatsachen wagt die bürgerliche Presse im alten Still über U-Boot-Siege weiter zu lägen. „Nur wenige Monate!“ so fingen sie den Krieg an — so fangen sie auch die Revolution an.

Warum ich aus Deutschland ging.

Von Georg Friedrich Nicolai.

V. 9)

Die Menschen haben im Gegensatz zu allen anderen Wesen in unserer freivolenden Vernunft ein Mittel, den Gang des Weltgeschehens zu beeinflussen. Wir können diesem Gang vielleicht keine andere Richtung geben, aber wir können ihn zum mindesten beschleunigen oder verzögern. Um dies aber tun zu können, müssen wir nicht nur reden, sondern auch handeln. Um aber mit Hingabe und Aufopferung für nicht rein egoistische Zwecke handeln zu können, muß eine leidenschaftliche Hingabe in uns wirksam sein, die nicht durch den Verstand erzeugt wird, sondern nur durch etwas triebhaft in uns Lebendes.

Der Hunger macht uns zu Helden des Kampfes um's nackte Leben, die Liebe macht uns zu Helden im Kampfe um das, was wir Ideale nennen. Wenn wir in vorausschauender Liebe etwas, das kommen soll, als zukunftsreiche Wirklichkeit vor uns sehen — wenn wir es gleichsam als eine Platonische Idee in uns lebendig wirksam fühlen, nur dann sind wir imstande, es seiner realen Verwirklichung näher zu bringen.

Wir dürfen uns nicht damit begnügen, verstandesgemäß begriffen zu haben, es sei wünschenswert, daß das neue, größere Vaterland entstünde, wir müssen, wir müssen diesem neuen Vaterland schon heute jene Liebe schenken, die — mehr ist, als alle Vernunft.

Und darin erblicke ich die heute vielleicht zu wenig beachtete Seite unserer gemeinsamen Arbeit: Liebe, Begeisterung, Leidenschaft zu werden. Die damals, als der Schicksalstrahl „das Himmelreich auf Erden“ die Menschen zu Opfern und Märtyrern begeisterte, so muß auch heute wieder eine Zeit kommen, in der die Menschheit sich solchem kommenden Himmelreich auf Erden innigst demachen fähig.

Ihr Arbeiter müßt tief innerlich fühlen, daß die gesamte Erde euer Arbeitsfeld ist.

Ihr Wissenden müßt dankbar anerkennen, daß euer Wissen den Bemühungen aller Nationen entsprossen ist.

Ihr Künstler müßt die Schönheit lieben, die auch von überall umflutet.

Ihr Krieger müßt euch eurer oft beschriebenen Liebe er-

innern, daß das Gute gut, das Schlechte schlecht ist, wo man es auch findet.

Diese Arbeitsfreudigkeit, diese Dankbarkeit, Schönheits-trunkenheit und Güte muß sich in euch verdichten zu einer alles Überwindenden Liebe zu unserer gemeinsamen Mutter Erde.

Ob man durch Arbeit oder Erkenntnis, durch Schönheit oder Güte dahin geführt wird, ist gleichgültig — aber wir dürfen uns mit Arbeit und Erkenntnis, Schönheit und Güte nicht begnügen — wir müssen es in unseren Willen aufnehmen und dann eine Leidenschaft daraus erzeugen. —

Das sind Wurzeln eines Ideals, die in unsere verhängige Zeit nicht hineinpassen, werden ihr vielleicht sagen. Ich aber sage euch: Nur der Idealismus einer über sich selbst hinausgehenden Begeisterung wird die Welt vorwärts bringen. Unsere verhängige Zeit hat den Ursprung des Weltkrieges geboren, nur der unerschütterliche Idealismus wird uns die Vernunft der Zukunft schenken.

Unsere gläubensarme Zeit braucht neuen Glauben. Wir über den Walfen thronende, dogmatische und weisenlose Gottheit hat uns zu menschenlosen Verstandes-Menschen gemacht, lehren wir wieder zur Erde zurück und werden wieder erdenfelle Menschen, dann werden wir die Erde erlösen.

Ich brauche euch keine neue Wahrheit zu lehren. Nur erinnern möchte ich euch, daß es für jeden genügt, ganz er selbst zu sein:

Ihr Wissenschaffler seid wieder Wissenschaffler; dann werdet ihr die Einheit der Welt umspannenden Wahrheit nicht mehr leugnen.

Ihr Kaufleute seid wieder Kaufleute; dann werdet ihr sehen, daß wir Völker untereinander der gegenseitigen Hilfe bedürfen. Ihr Arbeiter seid wieder Arbeiter; dann werdet ihr sehen, daß ein einziges Schicksal euch alle von dem Wohlergehen jedes einzelnen abhängig macht.

Ihr Künstler seid wieder Künstler; dann werdet ihr sehen, daß die Schönheit auf Erden überall dieselbe ist.

Ihr Christen seid wieder Christen; dann werdet ihr sehen, daß man kein Arianschiff und keine Arianschiffe weiden darf. Und endlich, ihr Soldaten seid wieder Soldaten; dann werdet ihr sehen, daß man mit Wilt und aus dem Verborgenen heraus nicht kämpfen darf.

Ihr alle aber, wenn ihr euch dem Jander des 19. aus eurer

eigenen Natur hervorgehoben, in der Erde wurzeln und darum erdenfellen Idealismus hingibt, ihr werdet sehen, daß in dieser Selbstverleugung die Erfüllung der Erde liegt, und ihr werdet aus dieser selbststärkeren und doch weltumspannenden Begeisterung die Kraft finden, das zu schaffen, worauf die Erde wartet:

Die Organisation der Welt!

Daß die Welt reif ist für solche Organisation, hat sie dadurch bewiesen, daß sie sich in dieser wunderbar schauerlichen Vollkommenheit zum Millionenmorg organisieren konnte — es fehlt nur an der willensstarken Liebe, sich auch zu etwas anderem zu organisieren, als zur Vernichtung.

Diese Liebe zu wachen, ist der Anteil, den ich bei dieser Arbeit erwähle. Ich bin sehr dankbar, frei siehe ich in der Welt, durch Schicksal und eigenen Willen nichts anderes, als ein deutscher Weltbürger. Ich möchte, wie der alte Mikrocopolis in dem Aristophanischen Lustspiel, für meine Person einen Privatlebensschließen mit allen denen, die meinem Volk noch weiter heilbar sind — nicht wie jener alte Mikrocopolis, um gut zu essen und zu trinken, sondern weil ich es als Notwendigkeit empfinde, daß etwas heraus tritt und anfängt.

Ich habe Frieden! — Nun kommt ihr, die ihr meine Gesinnungsgenossen seid, und bekennet euch laut zu dem, was ich heimlich schon alle wünsche. Wir wollen nicht Frieden machen, wir wollen nur bekennen, daß wir ihn haben. Wir, mühen wir Engländer sein oder Deutsche, Russen oder Franzosen — wir wollen eine Gemeinde bilden von Europäern, die, ohne von der Welt abgetrennt ihres eigenen Volkes das geringste aufzugeben, ihrem werdenen Vaterland Europa alle die schuldige Liebe schenken, für die unsere alten Vaterländer heute zu eng geworden sind.

Ich spreche nicht davon, heute die Waffen hinzulegen. Der Kampf geht um Prinzipien, und ehe das neue Prinzip der Völker-Verbrüderung nicht gesichert ist, darf von Frieden nicht die Rede sein; sonst wäre all das Gemeine ganz umsonst gewesen. Der Kampf muß weiter gehen, bis die Prinzipien der Gerechtigkeit von allen Völkern der Welt anerkannt sind.

Ich — ein Deutscher — habe in diesem Kampf keine Waffen. Ich kann nur fördernd zu diesem Ziele dadurch beitragen, daß ich den Deutschen zurufe: Erinnert euch eurer Kultur und bedankt, daß es sogar wichtiger wäre, deutsche Kultur zu schützen, als Stücke deutschen Landes, daß es aber sicherlich wichtiger ist, deutsche Kultur und Freiheit zu verteidigen, als französische und russische Land — noch nicht halten zu können! — Erinnert euch, daß

Programm des Komitees ausländischer Sozialisten.

In Berlin hat sich ein Komitee ausländischer Sozialisten gebildet und tagte bereits schon im Abgeordnetenhaus (L. Stockwerl, Westphale). Das Komitee glaubt die Interessen zur Erhaltung der jungen Republik am besten dadurch zu fördern, indem es sich zur Hauptaufgabe macht, die möglichst objektive Wahrheit über die Lage im Neuen-Deutschland, im Auslande zu verbreiten, um von vielfach in der ausländischen Presse ganz falschen und übertriebenen Nachrichten entgegenzutreten und so der möglichst schleunigsten Herbeiführung des Friedens zu dienen. Das Programm des Komitees lautet:

- Zweck:**
- 1) Feststellung der Wahrheit über die Revolution in Europa.
 - 2) Aufklärung der Genossen der Mittelmächte, des Ostens, der westlichen Länder und in Amerika über die Lage.
 - 3) Verwirklichung eines wirklich dauerhaften Friedens gemäß den Interessen des internationalen Proletariats.
 - 4) Zusammenfassung aller ausländischen Sozialisten in Deutschland zur aktiven Arbeit für die internationale Demokratisierung.
- Mittel:**
- 1) Bemühungen für sofortige Wiederherstellung der Verbindungen mit Rußland, den Balkanstaaten, den Mittelmächten und dem Westen.
 - 2) Propaganda durch die Presse, Broschüren, Flugblätter usw.
 - 3) Organisation von Konferenzen, Versammlungen, Diskussionen usw.
- Finanzen:**
- 1) Das Komitee wird seine Ausgaben aus Einkünften von seinen Veröffentlichungen und aus freiwilligen Beiträgen der Genossen decken.

Das Programm der Zentrumsparlei.

Der Reichsausschuss der deutschen Zentrumsparlei veröffentlicht in der Zentrumsparlei die Leitlinie der zukünftigen Politik des Zentrums, wie sie auf der Tagung des Reichsausschusses vom 20. Dezember 1918 in Frankfurt a. M. beschlossen worden sind. Das Zentrum stellt sich mit diesem Programm scheinbar auf den Boden der durch die Revolution geschaffenen Tatsachen. Daß es ihm damit aber nicht ernst ist, beweist schon die Forderung, daß die Nationalversammlung nicht in Berlin tagen und außerdem durch eine besondere freiwillige Schutztruppe gesichert werden soll.

Nachdem das Zentrum jahrelang gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht teils einen offenen, teils einen versteckten Kampf geführt hat, bekennst es sich jetzt auf einmal zum Frauenwahlrecht, Kreuzzug und innere Politik will es auf den Grundrissen der christlichen Lehre aufgebaut wissen. Die konfessionelle Schule soll beibehalten werden, der Trennung von Kirche und Staat steht das Zentrum nach wie vor feindselig gegenüber. Die sozialistische Republik wird abgelehnt. Herr Brüder versichert in einem Aufruf, der den Leitlinien vorangestellt ist, ausdrücklich, daß die neue Ordnung nach dem Sturz der Monarchie nicht die Form der sozialistischen Republik erhalten dürfe. Das Zentrum fordert die grundsätzliche Erhaltung des persönlichen Eigentums und die Beibehaltung der Privatwirtschaft. Die Entwertung der Kriegsanleihen, gleich welcher Art, lehnt es unbedingt ab. — Das ist in kurzen Zügen der Inhalt des Programms, mit dem die Zentrumsparlei in die neue Zeit hineingehet.

Interessant ist, daß die Zentrumsparlei ihren alten Namen beibehalten denkt. Eine Zeitschrift wollte sie unter dem Segel „Christliche Volkspartei“ fahren. Die Leitlinien zeigen, daß das Zentrum durch die Revolution nichts gelernt hat. Es hat sich, um den Schein zu wahren, einige demokratische Forderungen zu eigen gemacht. Etwas demokratisch angehaucht war das Programm des Zentrums ja auch schon im Frieden. Mit diesem Programm ist man bei Wahlen auf Stimmenfang ausgezogen. Praktisch durchgeführt hat das Zentrum von diesem Programm in den gefestigten Körperlichkeiten so gut wie nichts. So wird es auch mit seinen neuen Leitlinien besetzt sein. Der „Geist der christlichen Wahrheit“ soll bei der Durchführung der Zentrumsforderungen überall vorangestellt werden. Wo war dieser Geist der christlichen Wahrheit in den vier Jahren des Krieges? Die maßgebenden Politiker, die maßgebende Presse haben der wilden Annektionenpolitik gehuldigt. Voran die „Kölnische Volkszeitung“, eine der einflussreichsten Zentrumsblätter. Dieses hat noch im Spätsommer die Forderung auf Annektionen der belgischen Küste erhoben, es hat den Hoch gegen andere Völker in einer Weise geführt, daß es viel eher den Anschein hatte, als sei der

Geist des Teufels dabei maßgebend gewesen, statt des Geistes der christlichen Wahrheit!

Das Zentrum wird auch mit seinem neuen Programm die aufgeklärte Wählerchaft nicht täuschen können. Es ist so schuld beladen, daß es nur bei den Indifferenten, den Denkschwachen, den Dummen Gehör finden wird.

Das Verhalten der Besatzungstruppen.

Es ist nicht unsere Absicht, das Auftreten der fremden Mächte in Westdeutschland zu rechtfertigen. Aber es ist notwendig, auf das entsetzliche Verhalten gewisser deutscher Kreise und Organe hinzuweisen, die früher, als ein verbrecherischer Militarismus Belgien und große Teile Frankreichs in seinen eisernen Klauen hielt, für immer so halten trachtete, den nachten Gewaltstandpunkt mit vollen Baden predigten, während sie jetzt, nachdem durch Gottes Fügung die Rollen so wunderbar vertauscht sind, den Rechtsstandpunkt vertreten.

Eine tödliche Ironie aber ist es, wenn ausgerechnet die alldeutsche-amerikanische „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, das Hauptorgan der ausbreitendsten Gewalt- und Annektionenpolitik, das Leitblatt des glorreichen Ludendorff, plötzlich die Rechtsidee proklamiert. Sie, die nicht nur die Zerstörung und Ausraubung des belgisch-französischen Gebiets verteidigte, sondern bis zur letzten Stunde dessen gewaltsame Aneignung forderte, entzückt sich wegen des Auftretens der gegnerischen Offiziere.

Die „Freiheit“ hat dieser offenkundigen Heuchelei mit Recht das protezierende Benehmen deutscher Offiziere in den früher besetzten Gebieten gegenübergestellt. Wer in Belgien und Frankreich in Ersoffmandanturen tätig war, also das Quartiermachen und die Behandlung der Landeseinwohner erfahrungsgemäß kennen gelernt hat, wird diese Argumente nur bestätigen und ergänzen können.

Aber es sei auf eine andere Seite der Tätigkeit der deutschen Militärbehörden in den früher besetzten Gebieten hingewiesen: Die gewaltsamen Requisitionen. Was in dieser Hinsicht geleistet worden ist, spart jeder Beschreibung. Je länger der Krieg gedauert wurde, je knapper für Deutschland die Mittel zu diesem Zweck wurden, die Requisitionen begannen mit Wegnahme ziviler Viehbestände (Pferde, Rinder), technischer Anlagen, Materialien, Fertigerwaren der verschiedensten Art. Was ist z. B. im Laufe der Kriegsjahre in Lille beschlagnahmt worden! Jeder Offizier, der da glaubt, im „dienstlichen Interesse“ diese oder jene Dinge nötig zu haben, beschneidet sich mit einem Requisitionsschein und durchstreift die Stadt. Welcher grobe Unfug in diesem Vorgehen in Papier- und Galanteriewaren, in Goldwaren- und Warenhandlungen getrieben wurde, war haarsträubend. Im Jahre 1915 war es durchaus keine Seltenheit, wenn täglich Requisitionen im Werte von 1/2 bis 2 Millionen Franken vorgenommen wurden. Wir dürfen uns nach dieser einen Probe nicht wundern, wenn die Franzosen uns zu den Friedensverhandlungen eine Rechenrechnung über requirierete Werte mitbringen.

Solange die deutsche Militärverwaltung noch aus den großen Beständen französisch-belgischer Fabriken und Geschäfte, Stahlab- und Rumpfabriken (Schuppen) konnte, war der Zustand für die Landeseinwohner noch erträglich. Aber der lange Krieg gebrachte diese Vorräte auf und die Anforderungen wurden immer größer und dringender. Die militärischen Instanzen entschlossen sich deshalb zu den schwersten, gewaltsamen Eingriffen in die Verhältnisse der kleinen und kleinen Leute. Gestrichelt wurden vor allem Wolle, Metalle, Gummi. Man kletterte vor keinem Mittel zurück, auch den kleinsten Haushalt bis in den kleinsten Winkel nach diesen kostbaren Dingen zu durchstöbern.

Bekanntlich sind in Frankreich Katzen aus Schwaf- wolle und Rohhaar gezeichnet. Daraus hatte es die Militärverwaltung besonders abgesehen. Rücksichtslos wurde auch den ärmsten Leuten die Lagerstätte geraubt. Als Ersatz wurden Strohsäcke geliefert. Man muß bedenken, daß es sich hier um enorme Werte handelte. Jede dieser Wollmatten hat einen durchschnittlichen Neuwert von 200 Franken.

Als die beiden Frühjahrsoffensiven gelungen waren, da ging auch sofort die Jagd auf Wollmatten wieder los. Nach der Offensive am Chemin des Dames gab das Armeekorps Oberkommando 7 (General v. Boehm) eine Verfügung heraus, daß die Beschlagnahme der Wollmatten sofort restlos vorgenommen werden müsse. In dieser Verfügung wurde u. a. gesagt, daß bis zum Juni 1918 auf diese Weise 10 Millionen Kilogramm Wolle zusammengebracht worden seien und daß weitere 5 Millionen Kilogramm in kurzer Zeit gesammelt werden müßten. Alle Dienst-

stellen und Kommandanturen wurden angewiesen, Schornsteine vorzugehen, das Interesse der deutschen Kriegsführung stehe höher als das Wohl der feindlichen Einwohner. Daß nun die Dienststellen entsprechend den Weisungen vorgehen, versteht sich von selbst. Meinend und händelnd lieferten die Frauen in der vorgeschriebenen Frist ihre Dabe ab. Oft mußte Gewalt angewendet werden, um in den Besitz der Wolle zu kommen. Dem Einsichtigen war es damals schon klar, daß durch dieses brutale, rigorose Vorgehen nur das Ansehen Deutschlands geschädigt werden konnte. Aber auch diese Leute mühten sich der militärischen Diktatur beugen.

Verfolgen uns deshalb die gegnerischen Mächte, namentlich die Franzosen, mit Hoch und Vergeltung, so ist das begreiflich, nach der barbarischen Handlungsweise der einflussreichen Besatzungsbehörden. Schmerzhaft ist es allein, daß die Vergeltung und der Haß an völlig unschuldigen Personen und Stellen gerichtet wird, während die Mitschuldigen heute noch zum Teil öffentliche Stellen bekleiden. Mitschuldig an dem sinnlosen Treiben deutscher Behörden in fremdem Land sind aber vor allem Presseorgane vom Schlage der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, die jeden Gewaltakt mit Genugtuung und Jubel begleitet. Diese Organe haben deshalb auch nicht die Kompetenz, Rechtsansprüche zu erheben. Durch solche Fürsprecher kann das deutsche Volk nur kompromittiert und der Gegner zu dem härtesten Vorgehen genötigt werden.

Die deutschen Kriegsgefangenen.

Berlin, 3. Januar. In der Frage der Erleichterung des schweren Loses unserer Kriegsgefangenen haben die Bemühungen der deutschen Waffenstillstandskommission endlich ein Anfangsergebnis gebracht. Die Engländer haben nunmehr versprochen, daß aus England 800 schwerverwundete Deutsche auf dem Seewege über Rotterdam zurückgeschickt werden sollen und erklärten sich ferner bereit, 400 gleichfalls schwerverwundete Kriegsgefangene Deutsche auf dem Wege über die Front nach Köln zurückzubefördern.

Außerdem wollen die Amerikaner das in Ihren Linien zurückgelassene Sanitätspersonal über Koblenz nach Deutschland zurückzuführen.

Die deutsche Kommission hat die Wüteriken dringendst gebeten, diesem Beispiel baldmöglichst allgemein zu folgen.

Schutz vor den Vorkräfen.

Im „Preussischen Justiz-Ministerial-Blatt“ ist eine Verfügung des Justizministers Dr. Rosenfeld veröffentlicht, die eine Einschränkung der Bestimmung früherer Verfügungen von Angeklagten und Zeugen zum Gegenstand hat. In der Einleitung wird auf die besondere soziale Bedeutung dieser Frage hingewiesen, die schon seit langem die Öffentlichkeit beschäftigt hat und gerade unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen mit ihrem Geholge der Arbeitslosigkeit noch einer durchgreifenden Lösung verlangt. Abhilfe will die Verfügung bis zu einer künftigen Gesetzgebung durch bestimmte Vorschriften für die Staatsanwaltschaft und die Gerichte erreichen, die darauf hinauslaufen, daß von allen nicht unbedingt notwendigen Feststellungen der Vorverfahren, auch gegenüber Zeugen, schon im Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft abgesehen wird und die als notwendig eingezogenen Auskünfte aus den Strafregister möglichst gegen unbefugte Einsicht geschützt werden, daß aber ferner auch in den Gerichtsverhandlungen selbst alles geschieht, um eine nicht unbedingt notwendige Bekanntgabe und Verbreitung der Vorkräfen zu vermeiden.

Politische Nachrichten.

Aus dem Reichsministerium. Von den im Artikel Adolff Hoffmanns genannten Beamten erklären Oberlehrer Dr. Blauenburg, Pädagogischer Fachlehrer, Mitglied der Demokratischen Partei, G. Rengel, Vortragender Rat, Mitglied der Alten Sozialdem. Partei, Fritz Winkelmann, Pädagogischer Fachlehrer, Mitglied der Unabh. Soz. Partei, aus eingehender Kenntnis der Vorgänge heraus, daß sie von der absoluten Loyalität des Ministers Haenisch gerade seinem Kollegen Hoffmann gegenüber während der gesamten Zeit seiner Amtsführung fest überzeugt sind. Insbesondere gilt das auch für die Zeit der von ihnen allen bezeugten Erkrankung Adolff Hoffmanns.

Abreise der deutschen Truppen aus Lissib. Nach einer aus Lissib. eingegangenen Meldung vom 23. Dezember sind die letzten deutschen Truppen am 23. Dezember abgereist. Zurückgelassen wurden nur die Kranken, die auch weiter im deutschen Lazarett behandelt und gepflegt werden.

Neue Vorschläge zur Schädlingsbekämpfung.

Nach Prof. Escherich erfährt unsere Landwirtschaft jährlich mindestens 300—400 Millionen Mark Verluste am Obst, Heu, der Getreide, Futter- und Gaserträgen, dem Gemüse durch die Tätigkeit der Schädlingselemente. In dem Werk „Arbeitsziele der deutschen Landwirtschaft nach dem Kriege“ nach Escherich Vorschläge zur Verbesserung der Organisation der deutschen Schädlingsbekämpfung. Er ist im Hinblick auf die nordamerikanischen Erfolge im Kampfe gegen die Mollas, den Kolonobolifer, den Apfelwickler usw. durchaus guten Rutes. Vor allem ist nötig, jeden Schädling in allen seinen Lebensbedingungen gründlich zu studieren, um seinen „schwachen Punkt“ zu entdecken. Escherich fordert deshalb die Schaffung mehrerer genügend ausgestatteter wissenschaftlicher Institute für Schädlingsforschung, in klimatisch und kulturell möglichst verschiedenen Gegenden Deutschlands gelegen. Von ihnen aus werden „fliegende“ Stationen im Innern der Schädlingherde errichtet, die die Bedingungen des Massenauftretens an Ort und Stelle beobachten. Der Zusammenhang dieser Stationen mit dem Zentralinstitut ist für die Anordnung der Beobachtungen, der Maßnahmen, für die Verarbeitung der Ergebnisse von größter Wichtigkeit. Die tierischen Feinde der einzelnen Schädlinge sind die praktisch bedeutendsten Studienobjekte. Gelingt es so, den rechten Angriffspunkt im Schädlingsleben zu finden, so ist der Erfolg sicher. Sonst muß mit der „symptomatischen“ Behandlung durch Vernichtungsmittel darüber genommen werden. Auch dabei, besonders bei der Gasbekämpfung (z. B. durch Blausäure) treten noch viele ungelöste Probleme auf. Hand in Hand arbeiten mit den chemischen Industriellen ist notwendig, auch um die nützlichen Weidemittel zu verdrängen. — Die Institute hätten auch durch Unterrichts- und Propaganda den Bekämpfungsgedanken zum Allgemeinverstand der deutschen Bevölkerung zu machen. Schädlingsinspektoren hätten die Überwachung zu übernehmen und Demonstrationen der Bekämpfung vorzuführen, um die Landwirte zu gewinnen. Auch die Schule muß in Zukunft im Naturkundeunterricht weit mehr als bisher die praktische Seite im Auge haben.

Bei der Höhe der in Betracht kommenden Werte, angeht unsern finanziellen und Ertragsbedürfnisse verdienen Prof. Escherichs Vorschläge gewiß Beachtung.

von euch ursprünglich der Gedanke der Weltorganisation berührt wurde, und daß ihr euch nun nicht wundern dürft, wenn dieser Gedanke sich heute gegen euch kehrt, nachdem ihr ihn weggenommen und nach der sagenderen Krone eines deutschen Nachfriedens getroffen habt.

Man hat mir gesagt, ich solle euren zum Schlage erhobenen Arm nicht ausheulen — ich solle warten, bis die Herbstoffensive vorüber; denn, wenn die nicht geblüht sei, dann würden sich vielleicht auch Mächtiger in Deutschland wieder für den Humanitätsgedanken interessieren. — Ja, aber wollte dieses Kriegsspiel mit der Humanität als letzten Trumpf in der Hinterhand nicht mitspielen, und ich dürfte auch — wenn anders mein Tun überhaupt Nutzen haben sollte — nicht noch länger warten, denn ich weiß, daß eine Wabe dieser Art nur angenommen zu werden Aussicht hat — wenn sie freiwillig geboten wird.

Noch ist die Freiwilligkeit glaubhaft — darum bezieht euch, und gönnt die Nachhaber ethischen Sinnes zum Weltfriedensgongreß zu gehen.

Oder vielmehr zeigt der Welt, wer der wirkliche Nachhaber ist in Deutschland. Ich hole diesen offenen Brief an den großen Unbekannten gerichtet, der Deutschland und Geschied bekümmert. — Ich dachte, als ich begann, ganz naturgemäß an den militärisch Gewaltigen; aber im Schreiben verließ sich mächtig das Bild, und am Ende glaubte ich zu dem zu sprechen, der die Gewalt haben sollte, zu dem denkenden, arbeitenden, herzlich empfindenden, deutschen Volke, das vielleicht heute beginnt, die ursprüngliche Gewalt wieder an sich zu nehmen.

Aber helfen kann niemand einem Volke, nur zoten! — Tu mächtiger deutscher Genius! — In Freiheit und Verantwortung müßt du tun, was dein Gewissen dir gebietet! — Wenn erst die Zeit wieder kommt, in der der Bekennermut in Deutschland regiert, und nicht die Disziplin, dann wird alles gut sein.

Ihr Europäer — und dazu rechne ich alle die, deren Kultur letzten Endes ihren Ausgangspunkt in Europa genommen hat — ihr guten Europäer, denen Europa nicht nur ein geographischer Begriff ist, sondern eine Herzensangelegenheit, vereinigte euch! Gute gesammelte Stimme muß und wird diesen Massenärm überdauern.

Wir wollen den Feinden der Völker und Arbeitslosigkeit für zukünftiges Glück, und es relativ gleichgültig, wenn sich

Lothringen gehet, oder wenn sich die russischen Randstaaten anziehen; Das sollen die Völker selbst in freier Selbstbestimmung entscheiden, und Europa soll nur darüber wachen, daß diese freie Selbstbestimmung Wirklichkeit werde.

Wir wollen nur Freiheit! Freiheit der Arbeit, der Meere, des Handels — Freiheit für den Tüchtigen!

Wer wirkliches Selbstvertrauen hat — nicht nur jenes falsche Sicherheitsgefühl, das sich im Hoch heimlicher, härterer und giftigerer Waffen wähnt —, sondern jenes gesunde Selbstvertrauen, das das Gefühl der Lebensfähigkeit gemahnt — der wird vor dieser Freiheit nicht zurücktreten, der wird hoffen, mit ihr sich die Welt zu erobern.

Ich hoffe, ihr Völker der Welt, und vor allem ihr deutschen Brüder, ihr seid noch nicht so niedergedrückt vom Gewicht der toten Waffen, daß ihr das Vertrauen auf eure lebendigen Waffen verloren habt.

Wir wollen Freiheit der Gesinnung — wir wollen, daß wir unabhängig von dem zufälligen Orte unserer Geburt unsere Sympathien denen schenken dürfen, denen sie unserem Wesen nach gebühren, wir wollen Erbrüder sein in einem einzigen, freien, zu gemeinsamer Arbeit verbundenen Europa!

Ich weiß nicht, ob die Zeit reif ist für solchen Auf; aber ich weiß, es wird der Ruf der Zukunft sein. Ich weiß nicht, ob sich schon heute genügend gute, glaubensstarke Europäer in Europa finden werden, aber gerade darum möchte ich euch, die ihr gute Europäer seid, zurufen, auch auf dich kommt es an, auch du mußt deine Stimme mitbringen lassen in dem Chor einer zukunftsreichen Hoffnung.

Am dies aber sagen zu können und, um, wie Ellen Key sich einmal ausgedrückt hat, neutral sein zu können in Beziehung auf die streitenden Völker, und leidenschaftlich Partei nehmen zu dürfen für das Recht gegen die Macht — darum möchte ich aus Deutschland fortgehen, und darum ging ich letzten Endes.

Die Zukunft wird entscheiden, ob mein Behen einen Sinn gehabt.

Kunstkalender.

Der Wochenplan der Beobachtung. Sonntag (Noch): Nach für Mah. (Wb.) Wilhelm Tell. — Montag und Dienstag: Die armenigen Besenbinder. — Mittwoch: Tell. — Donnerstag: Die armenigen Besenbinder. — Freitag: Der Reichsboort. — Samstag: Wilhelm Tell.

Wer zur Nationalversammlung wählen will,

muß in der Wählerliste stehen. Die sind unvollständig. Niemand veräume daher, sie einzusehen.

Gewerkschaftliches.

Der Streik im Hindenburgrevier vollständig beigelegt.

Der Arbeiter- und Soldatenrat (Kreisrat) in Hindenburg (O.-S.) hatte für den 2. Januar 1919 nachm. 3 Uhr eine Versammlung der Arbeiterausschüsse, Sicherheits- und Vertrauensmänner sämtlicher Bergschichten und Werke des Kreises in den Kasinosaal der Donnerstagsmühle einberufen. Auch die Beamten der Werke waren eingeladen und erschienen. Nach einem eingehenden Referat des Vorsitzenden des Kreisrats und einer mehrstündigen, eingehenden Aussprache mit sämtlichen Beteiligten, an der sich auch ein polnisches Mitglied des Rats und ein bewährter Vertreter des Bergarbeiterverbandes aus Kattowitz beteiligte, wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt:

Bis zum Abschluß der in der Regierungskonferenz in Rattowitz am 31. Dezember v. J. beschlossenen neuen Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern, wird die Arbeit auf allen Gruben und Werken fortgesetzt bzw. sofort wieder aufgenommen. Sämtliche Bergschichten reichen sofort dem Kreisrate eine genaue Aufstellung ihrer Wünsche und Forderungen ein und benennen je 2 Delegierten.

Der Kreisrat wird zusammen mit diesen Delegierten in einer Konferenz, die sofort nach Eingang der schriftlichen Äußerungen stattfinden soll, das gesamte Material sichten und durchsprechen und die Wünsche und Forderungen der Bergarbeiter in den Verhandlungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bzw. in den Verhandlungen mit der Regierung vertreten.

Die Arbeit ist auf allen Werken in vollem Umfange wieder aufgenommen.

Schon in der Versammlung war anerkennend gedankt worden, daß der Streik in dem die meisten Gruben aufweisenden Hindenburgrevier ruhig und ohne größere Ausschreitungen verlaufen war. Die Vertreter der Bergschichten waren einig darüber, daß auch künftig Ausschreitungen vermieden werden müssen, daß sie selbst weiter zusammen mit dem Kreisrat auf Ruhe und Ordnung halten werden. Die Versammlung, die trotz lebhafter Aussprache ruhig und würdig verlief und die Selbstdisziplin der Arbeiterschaft bewies, wurde mit einem einstimmig angenommenen Beschluß auf die Sozialistische Republik geschlossen.

Groß-Berlin.

Die Revolutionsangst des Bankiers.

Eine am Revolutions-Sonnabend spielende Episode bildete den Ausgangspunkt eines gestern vor der 2. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts verhandelten Prozesses. Der Beklagte Bankier Frankel hatte am 8. November die Klägerin Franziska H. als Honoraristin zur Probe auf vierzehn Tage eingestellt. Die Entlohnung sollte für die ganze Probezeit 75 Mark betragen. Als nun am nächsten Tage die Revolution ausbrach, schickte der Beklagte der Klägerin auseinander, daß nun an ein Geschäftsleben nicht zu denken sei, und daß vorderhand alle Bankgeschäfte werden schließen müssen. Er bot dem jungen Mädchen zehn Mark an und stellte ihm frei, später wieder mal bei ihm vorzusprechen. Die Klägerin gab sich auch damit zufrieden, schrieb dann aber auf Veranlassung der Mutter dem Chef, daß sie ohne weiteres auf ihr Restgehalt nicht verzichten könne. Der Beklagte antwortete ihr darauf, daß sie ja wisse, wann er zu sprechen sei, wenn sie noch Ansprüche zu haben glaube. Auf diesen Brief klagt die Bankier gegenüber der Klage auf Zahlung der restlichen 65 Mark.

Er erklärt in dem Schreiben eine Aufforderung, sich zum Dienst wieder zu melden, für den Fall, daß die Gehilfin auf das Gehalt nicht verzichten wolle. Demgegenüber betont die Klägerin, sie sei am Revolutionstage vom Chef durch Freundlichkeit „eingewidelt“ worden. Sie habe ja auch noch Rücksprache mit der Mutter sofort gegen die Entlassung protestiert.

Das Kaufmannsgericht kam nach kurzer Beratung zu der Auffassung, daß die Klägerin während der vierzehn Tage Probezeit auch durch die in der Zwischenzeit eingetretene politische Umwälzung nicht entlassen werden konnte. Tat es Beklagter dennoch, so hatte er die Klägerin schadlos zu halten. Auch in dem an die Klägerin gerichteten Schreiben erblickte das Gericht keine Aufforderung zum Wiederantritt. An und für sich stand also der Kontantin das ganze Restgehalt zu. Nur weil sie die Arbeit begonnen hatte und sich nach der Unterredung mit dem Beklagten und der Auszahlung von 10 Mark für die zwei ersten Tagen stillschweigend entsetzte, empfahl das Kaufmannsgericht wegen der Zweifelsfrage der dadurch entstandenen Rechtslage einen Vergleich, der schließlich auch mit 85 Mark — höher wollte der Bankier nicht gehen — zustande kam.

Eine Konferenz der Arbeiterräte der Gemeinden Groß-Berlin und der Landkreise findet Freitag, den 10. Januar, statt. Zu der Versammlung sind sämtliche Mitglieder der im Bereich Groß-Berlin bestehenden kommunalen Arbeiterräte sowie Delegierte der Arbeiterräte an Landorten eingeladen. Mandate und bei den Zentralstellen der N. und S.-Räte der beiden Landkreise oder beim Volksguard in Berlin zu bestellen.

Die zur Ablesung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsmeter oder zur Kontrolle dieser oder sonstiger Meßgeräte in die Wohnungen der Konsumenten gelangenden Angehörigen und Arbeiter der Stadt Charlottenburg sind, wie hiermit nachdrücklich festgesetzt ist, verpflichtet, bei jedem Besuch ihre Legitimationskarte unaufgefordert vorzulegen.

Die National-Galerie ist künftig an allen Wochen- und Sonntagen, mit Ausnahme von Montag, in der Zeit von 10—3 Uhr geöffnet. Der Besuch ist an allen Tagen unentgeltlich.

Tempelhof. Die Wählerlisten müssen schnellstens eingesehen werden. Es ist festgesetzt worden, daß sehr viele Wähler in den Listen nicht eingetragen sind. Versäume niemand diese wichtige Arbeit, sonst geht er seines Wahlrechts verlustig. Morgen, am Sonntag liegen die Listen wie an den Wochentagen, von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 6 Uhr aus. Montag ist der letzte Tag der Auslegung. Näher die Zeit! — Morgen Sonntag, früh 9 Uhr findet an den bekannten Stellen aus eine Flugblattverbreitung statt. Keiner darf fehlen.

Protestantische Gemeinde. Sonntag, den 3. Januar, vormittags 11 Uhr, in der Klosterkirche, Klosterstraße 78 a, Vortrag von Herrn Dr. W. Borge. Thema wird in der Versammlung bekanntgegeben. Gäste willkommen.

Charlottenburg. Die Freie Turnerschaft nimmt am Dienstag, den 7. Januar, abends 8 Uhr, in der Städtischen Turn- und Sportvereins-Schule, Wilmersdorfer Straße, ihren Turnbetrieb wieder auf. Auch in allen leichtathletischen Sportvereinen Gelegenheit gegeben, sich in ihrem Sportgebiet zu betätigen. Ausnahme neuer Mitglieder jeden Dienstag in der Turnhalle.

Im Apollotheater zeigt sich der bekannte Operettenkomponist Gilbert, der Verfasser der „Polnischen Wirtin“, der „Aino-Singin“ u. a. zum ersten Male öffentlich auf der Bühne, seine eigenen Kompositionen dirigierend. Gilbert bringt eine neue Komposition: „Ein Karnavalstraum!“ bezieht, deren Welterfolg durch die Soubrette Lucie Blätter weiteren Kreisen populär gemacht wurden. Gilbert wurde von seinem Verehrerpublikum wie toll heraufgerufen. Im übrigen bietet dies neue Programm tadellose Nummern: Die Gedankenerrönde Frau gibt manchen Rätsel auf. Boobis Essen- und Dressurkunst zeigt, wie weit es die Dressurkunst bringen kann. Vollendete Billardkunstler sind das Ehepaar Drea, während die Tanzdiva Juanitta in ihren Tanzbewegungen ihrer Konkurrenz sehr zu schaffen macht.

Aus den Organisationen.

Charlottenburg. Nachdem ein großer Teil der bisherigen Mitglieder der U. S. P. D. nach dem Beschluß der Versammlung vom 8. Januar seinen Uebertritt zum Spartakusbund vollzogen hat, ist eine Reorganisation des Parteiverbands notwendig. Es findet deshalb am Montag, den 6. d. M., abends 1/2 8 Uhr, im Volkshaus Charlottenburg, Rosinenstr. 3, eine Versammlung statt, in der alle erscheinen müssen, die auch ferner Mitglied der U. S. P. D. bleiben wollen. In dieser Versammlung soll ein provisorischer Vorstand gewählt, sowie diejenigen Maßnahmen beraten werden, die zur schleunigen Entfaltung der Agitation zur Nationalversammlung zu treffen sind. Wer an der Teilnahme an dieser Versammlung verhindert ist, aber gewillt ist, Mitglied der U. S. P. D. zu bleiben, wird gebeten, eine kurze Mitteilung darüber schriftlich an den Genossen Dr. Hertz, Charlottenburg, Neue Kantstr. 3, gelangen zu lassen.

Friedrichsfelde. Sonntag, den 5. Januar, vorm. 9 Uhr, Flugblattverbreitung vom Lokal „Döberlin“, Berliner Straße 88. Die Wühlkiste befindet sich beim Genossen Dutter, Pringelallee 55. Bücherausgabe Sonntags von 10 bis 11 Uhr vormittags. Mitgliedsbuch legitimiert.

Niederhörsinghausen. Sonntag früh 9 Uhr, Flugblattverbreitung von Kettig, Blankenburger Straße 4. Das Erscheinen aller Genossen ist dringend notwendig. Die Bezirksleitung.

Versammlungen.

Charlottenburg. In der Mitgliederversammlung am Freitag, den 3. Dezember, wurde zum Uebertritt in den Spartakusbund Stellung genommen. Nachdem Schubert eine lange Rede für den Uebertritt zum Spartakusbund gehalten hatte, wurde nach längerer Diskussion, in der der Standpunkt der U. S. P. D. durch Dr. Hertz dargelegt wurde, von der sehr zahlreich besuchten Versammlung mit Mehrheit beschlossen, zum Spartakusbund überzutreten.

Die in der U. S. P. D. verbleibenden Mitglieder einigten sich sofort, am Montag, den 6. d. M., im Volkshaus eine konstituierende Versammlung abzuhalten, um die Vorbereitungen für die Agitation zur Nationalversammlung durchzuführen.

Von der Parteipresse.

Die soeben erschienene Nr. 1 des neuen Jahrgangs der unabhängigen sozialdemokratischen Wochenschrift „Der Sozialist“ enthält folgende Beiträge:

Rach der Trennung von Rud. Breitscheid — Was nun? von R. Kautsky — Schule und Demokratie von H. S. Hollmann — Der Weg zum Sozialismus von O. Meyer.

„Der Sozialist“ kann direkt vom Verlag (Berlin W. 15, Rosanenstraße 88) wie auch durch die Parteibuchhandlungen, die Organisationen und durch die Post bezogen werden. Preis vierteljährlich 5 Mark, Einzelnummern zum Preise von 50 Pf. sind erhältlich bei den Zeitungshändlern, Kiosken und in der Expedition der „Freiheit“.

Aus aller Welt.

Mit seinen 4 Kindern in den Tod.

Aus Bhalheim wird gemeldet: Am 1. Januar hat der 50 Jahre alte Schafbauer Eiberger seinen vier Kindern, von denen das älteste vier Jahre alt war, nachdem er die Dienstboten aus der Wohnung gejagt und sich eingeschlossen hatte, den Hals durchgeschnitten. Der Bauer hat die Tat in einem Anfall von Sauerampfigkeit begangen, die dadurch entstanden ist, daß seine dreißig Jahre alte Frau vor einem Vierteljahr gestorben ist.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Wlepy, Ruskän. — Druck der Hindenburg- und Bergschicht m. h. d. Schiffbauerdamm 13.

U.S.P. Charlottenburg

Am Sonntag, den 5. ds., nachmittags 2 Uhr, im Volkshaus Rosinenstraße 3

Öffentliche Volksversammlung.

Tagesordnung: Die Nationalversammlung und wir.

U. S. P. Charlottenburg

Nach dem Uebertritt vieler Mitglieder zum Spartakusbund muß eine Reorganisation des Parteiverbands stattfinden, ein neuer Vorstand gewählt und die Wahl zur Nationalversammlung vorbereitet werden.

Die auf dem Boden der U. S. P. stehenden Mitglieder versammeln sich deshalb am Montag, den 6. Januar, abends 7 1/2 Uhr im Volkshaus, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

I. A.

Dr. Hertz.

Charlottenburg, Neue Kantstr. 3.

Guten Verdienst

finden Parteigenossen (Erwerbslose, Kriegsverletzte) durch den Vertrieb

„Der Sozialist“

Unabhängige sozialdemokratische Wochenschrift.

Erscheint jeden Donnerstag und wird in der Expedition der „Freiheit“ Schiffbauerdamm 19, ausgegeben.

4. Kreis.

Wahlverein U. S. P. D.

4. Kreis.

Sonntag, den 5. Januar, vormittags Punkt 10 Uhr in Concordia, Andreasstraße 64

Mitgliederversammlung

Tagesordnung:



Die letzten Vorgänge.



Referentin: Genossin Luise Zieiz.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.